

schon lange bevor Bundeswehr oder Taliban in Afghanistan eine große Rolle gespielt haben. Die Bundeswehr aber hat deutsche außenpolitische Interessen vertreten. Dass der Kampf für Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter nur ein Werbevorwand für diesen Auslandseinsatz war, ist spätestens daran zu erkennen, dass die aktuelle Situation vorhersehbar war und billigend in Kauf genommen wurde.

Für die Befreiung aller Geschlechter: Konsequenz gegen jede Besatzung!

Die Rechte und Freiheit von Frauen und Mädchen in Afghanistan zu schützen, kann also nie heißen, zu fordern, dass eine imperialistische Besatzung fortgeführt wird. Was dann?

Der erste Tag diesen Monats ist der Antikriegstag. Der geht auf den Überfall Deutschlands auf Polen im Jahr 1939 zurück. Auch dieses Datum hat eine geschlechterpolitische Dimension: Zwar gab es für die faschistischen, deutschen Besatzer ein Umgangsverbot mit Pol:innen. Doch die Soldat:innen nutzten sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe und so kam es zu zahllosen Vergewaltigungen. Die Wehrmacht bahnte sogar erzwungenen Ehen einen legalen Weg, indem sie manche Polinnen als „angehende Volksdeutsche“ anerkannte.

Die Geschichte des Tages zeigt uns: Kriege entstehen nicht zufällig. Kriege haben nichts mit „unzivilisierten“ Gesellschaften zu tun, wie es die Apelle an die „zivilisierte Welt“, nun einzugreifen, klingen lassen. Kriege und Unterdrückung sind naturgemäßer Bestandteil ei-

ner imperialistischen Welt, die auf Ausbeutung und Unterdrückung aufgebaut ist.

Internationale Frauensolidarität nun zu leben, bedeutet daher, sich den zahlreichen wütenden Protesten anzuschließen und für eine selbstbestimmte Zukunft in Afghanistan jenseits von imperialistischer Besatzung und reaktionärer Taliban einzustehen, sowie die von dort Flüchtenden aufzunehmen. Grenzenlose Frauensolidarität bedeutet auch, sich davon zu verabschieden, jeden Krieg und jede Krise allein als eine bedauernswerte Entwicklung wahrzunehmen. Denn von immer wiederkehrenden Krisen und Kriegen werden Frauen und Mädchen immer in besonderem Maß betroffen sein - internationale Frauensolidarität ist eine konsequente Haltung gegen Imperialismus und Krieg.

PERSPEKTIVE ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

[fb.com/PerspektiveOnline](https://www.facebook.com/PerspektiveOnline)
t.me/perspektiveonline
[instagr.am/perspektiveonline](https://www.instagram.com/perspektiveonline)

V.i.S.d.P.:
 Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
 Frankfurter Str. 18
 51065 Köln

PERSPEKTIVE MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 01511 6991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf's Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ perspektive-online.net/abo/
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. info@perspektive-online.net
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ perspektive-online.net/verein/
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. perspektive-online.net/spenden/

Foto 1 : Pixabay.com

Foto 2: Jowereit (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Adbusting_SPD-Wahlplakat_Bundestagswahl_September_2005.jpg), „Adbusting SPD-Wahlplakat Bundestagswahl September 2005“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Foto 3:Foto: Frauen bewaffneten sich gegen den Vormarsch der Taliban; Twitter/ Sultan Faizy

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 54 | September 2021

www.perspektive-online.net

Was wir von der Wahl zu erwarten haben

- Von Paul Gerber -

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl ist der Wahlkampf immer noch nicht so recht in Fahrt gekommen. Die drei Kanzlerkandidat:innen scheinen mehr darauf zu hoffen, dass sich ihre Konkurrenz selbst durch unpassendes Lachen und Versprecher (Laschet) oder Skandale um abgeschriebene Buchstellen (Baerbock) ins Aus schießt, statt aktiv die politische Auseinandersetzung zu suchen.

Selbst das Debakel Afghanistankrieg kann nicht so recht ausgeschlachtet werden, immer-

hin haben alle Parteien mit ernsthaften Regierungsambitionen zu diesem Krieg und dieser Niederlage beigetragen: SPD und Grüne haben ihn vor 20 Jahren beschlossen; CDU und FPD haben ihn weitergeführt.

Das ist nur ein Beispiel dafür, dass sich die Parteien, mit Hoffnungen auf einen Platz auf der Regierungsbank, in ihren Zielen so unähnlich gar nicht sind. Vielmehr haben gerade die Grünen in den letzten Jahren – besonders in der Corona-Pandemie – getan was sie konnten, um die Reibungsflä-

che mit den beiden jetzigen Regierungsparteien zu minimieren.

So haben sie sich demonstrativ hinter die Regierung gestellt und auch in anderen Punkten wie der Anschaffung von bewaffneten Drohnen ihre Gesprächsbereitschaft gezeigt.

Auch der Bund der Deutschen Industrie (der wohl mächtigste Kapitalverband Deutschlands) zeigt sich zufrieden mit den Grünen und verkündete Mitte August, diese sogar lieber in der Bundesregierung sehen zu wollen als die SPD.



Warum Wahlen nichts ändern ...

In Deutschland wie in jedem anderen kapitalistischen Land ist die Freiheit der Unternehmer:innen ein hohes Gut, das sogar in der Verfassung zu finden ist. Sie besagt, dass der Staat in die Handlungsfreiheit der Unternehmer:innen, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt eingreifen darf.

Abgesehen davon, dass die zur Wahl stehenden Parteien allesamt fest auf den Kapitalismus eingeschworen sind, ist die Wahl gar nicht darauf ausgelegt den wichtigsten Teil der Gesellschaft zu beeinflussen: Die Produktion der Güter, die wir in diesem Land brauchen.

Unter diesen Umständen sind die Kapitalist:innen grundsätzlich immer in einer enormen Machtposition. Konsequenterweise hat jede Regierung die gewählt werden kann den Anspruch, bestmögliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung der unternehmerischen Tätigkeiten in Deutschland zu schaf-

fen.

Es steht also gar nicht zur Debatte, die Kapitalist:innen ernsthaft einzuschränken. Stattdessen ist das Konzept der neuen Bundesregierung schon jetzt im Groben klar – egal welche Parteien sie bilden:

Offensivere Außenpolitik, Aufrüstung der Bundeswehr, Ausweitung staatlicher Überwachungsbefugnisse, Kürzungen im Sozialstaat (z.B. Rente mit 68 oder gar 70), Digitalisierung und der mit Milliarden subventionierte Umbau der deutschen Industrie („Green New Deal“).

... aber wir etwas ändern können!

Alle sozialen Errungenschaften, von denen viele von uns bis heute profitieren, wurden nicht etwa eingeführt, weil eine bestimmte Regierung bei den Wahlen gewonnen hatte, sondern als Reaktion der Herrschenden auf eine stärker werdende Arbeiter:innenbewegung oder massive Proteste.

Die grundlegenden Sozialgesetze wie Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung wurden bei-

spielsweise von der erzkonservativen Bismarck-Regierung eingeführt, um der Arbeiter:innenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Arbeitslosenversicherung folgte unmittelbar auf die Novemberrevolution 1918 in Deutschland und auch Reformversuche im Bildungsbereich wie Ende der 2000er-Jahre wurden erst zurückgenommen nachdem es zu Protesten von hunderttausenden Schüler:innen und Studierenden gekommen war.

Auch wenn also nicht klar ist, welche der Parteien nach diesem Wahl“kampf“ ins Bundeskanzleramt stolpert, klar ist folgendes: Jede politische Reform, die uns unser Leben auch nur marginal erleichtert, wird es nur geben, wenn wir sie auf den Straßen und in den Betrieben erkämpfen.

Andersherum ist sicher wie das Armen in der Kirche, dass die neue Regierung den Kurs der alten fortsetzen wird: Abwälzung der Krise auf den Rücken der Arbeiter:innen, Politik im Interesse der großen Unternehmen – zumindest wenn wir sie nicht stoppen..



Solidarität mit den Mädchen und Frauen in Afghanistan!

- Von Olga Wolf -

Jeder Krieg betrifft Frauen in besonderer Weise. Nicht selten werden Frauen und Mädchen gezielt angegriffen, um die Bevölkerung zu brechen. Kanzlerkandidat Laschet fordert, 2015 (das Jahr, in dem Deutschland das Menschenrecht auf Asyl von rund 890.000 Menschen vorerst respektierte) dürfe sich nicht wiederholen.

Währenddessen fürchten Frauen und Mädchen in Afghanistan, dass 1996 sich wiederholt: Kein Recht auf Bildung, Erwerbstätigkeit und politische Teilhabe, stattdessen patriarchale Bevormundung und Rechtlosigkeit. Und auch das hat die deutsche Bundesregierung mitzuverantworten, denn was

gerade in Afghanistan passiert, ist auch die Folge von mehr als zwei Jahrzehnten imperialistischer Besatzung.

Soll die Bundeswehr die Frauen schützen?

Die Debatte darum, wieviele Flüchtende die BRD aufnimmt und ob Frauen und Kinder zuerst, bietet den politisch Verantwortlichen in Deutschland die Möglichkeit, ihre Hände rein zu waschen. Statt dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, jahrelang die aktuelle Situation erst ermöglicht zu haben, können Parteien im Wahlkampf Slogans wie „unbürokratische Er-

registrierung“ für sich nutzen.

Auch an anderer Stelle werden Tatsachen verdreht, etwa wenn es selbst in linken Aufrufen heißt: Der plötzliche Abzug der Truppen habe den Vormarsch der Taliban ermöglicht. Die Bundesrepublik habe mit dieser Entscheidung hart erarbeitet Fortschritte zunichte gemacht.

Tatsächlich sind für die Bundesregierung andere Schauplätze der imperialistischen Auseinandersetzung schlicht interessanter geworden. So hat die Bundeswehr nicht zwei Jahrzehnte lang für die Rechte von Frauen gekämpft, bevor sie verantwortungslos abgehauen sind. Gekämpft haben mutige Afghaninnen selbst, im übrigen

